

## RESOLUTION DER GESCHÄFTSLEITUNG

An den Parteitag der SP Schweiz am 8./9. September 2012 in Lugano

---

### **R-3: Gegen Straflosigkeit und für die Menschenrechte in Russland – eine kohärente und glaubwürdige Menschenrechtspolitik der Schweiz**

Die SP Schweiz äussert besorgt über die unannehmbare Menschenrechtslage in der Russischen Föderation. Die Verurteilung der drei jungen Frauen von der Punkband Pussy Riot zu zwei Jahren Lagerhaft zeigt einmal mehr, dass in Russland KritikerInnen und politische GegnerInnen ins Gefängnis gebracht werden, während andere Verbrechen – etwa die Morde an MenschenrechtsaktivistInnen – ungesühnt bleiben. Dieser jüngste Fall offenbart den erschreckenden Zustand des russischen Rechtssystems, das sich nicht gegen die systematischen Menschenrechtsverletzungen in Russland stellt, sondern Teil davon ist. Ein Ergebnis besteht in der anhaltenden Straflosigkeit von massiven Kriegsverbrechen, die namentlich in Tschetschenien begangen worden sind. Diese sind inakzeptabel und dürfen nicht verschwiegen werden.

Die SP fordert daher den Bundesrat auf, sich in allen bilateralen Kontakten mit Russland und auf internationaler Ebene gegen die Straflosigkeit und gegen das Vergessen des ungelösten Konfliktes in Tschetschenien zu engagieren, die Bemühungen der russischen Regierung um eine Aufklärung der Ermordungen an MenschenrechtsaktivistInnen zu und zur Verbesserung der Menschenrechtslage in Russland unterstützen und die Umsetzung von Beschlüssen des Europäischen Gerichtshofs für Menschenrechte (EGMR) einzufordern. Solange nicht sichergestellt ist, dass russische Armeeangehörige keine weiteren Menschenrechtsverletzungen mehr verüben, soll die Schweiz die heutige militärische Kooperation mit Russland einstellen.

Straflosigkeit ist in der Russischen Föderation weitverbreitet. Auch Mordfälle an bekannten MenschenrechtsaktivistInnen wie Anna Politkovskaya und Natalia Estemirova bleiben ohne Aufklärung. Seit Beginn des ersten Tschetschenienkriegs 1994 ist kaum eine verantwortliche Person für Kriegsverbrechen und systematische Menschenrechtsverletzungen zur Rechenschaft gezogen worden. Im Gegenteil: Generäle wie etwa Vladimir Shamanov werden mit dem Ehrentitel „Held der Russischen Föderation“ ausgezeichnet. Shamanov erhielt die Auszeichnung trotz eines Gerichtsurteils des EGMR, der Shamanov wegen der Verletzungen der Menschenrechte in Tschetschenien für schuldig befand.

Das Ignorieren der über 200 Beschlüsse des EGMR, die den russischen Staat für gravierende Menschenrechtsverletzungen wie Folter, aussergerichtliche Tötungen oder das Verschwindenlassen von Personen seit der so genannten „Anti-Terroroperation“ in 1999 verurteilten, belegt das herrschende Klima der Straflosigkeit im Nordkaukasus und darüber hinaus. Die Tatsache, dass begangene Kriegsverbrechen in Tschetschenien ohne juristische Konsequenzen bleiben, hat massgeblich dazu beigetragen, dass nun die gleichen inakzeptablen Praktiken in anderen Republiken des Nordkaukasus angewendet werden, statt die Probleme auf eine friedliche Art und Weise zu lösen.

Für die SP ist klar, dass die mangelnde Bereitschaft des russischen Staates, die Kriegsverbrechen in Tschetschenien aufzuklären und die verantwortlichen Straftäter zu bestrafen, von einem erschreckenden Mangel an Engagement für Demokratie und Menschenrechte zeugen. Die SP fordert den Bundesrat auf:

1. Die Morde an MenschenrechtsaktivistInnen müssen effektiv und transparent aufgeklärt und die Verbrecher bestraft werden. Der Druck auf die russische Regierung muss erhöht werden, damit Verbrechen und Repression gegen RegimekritikerInnen nicht mehr an der Tagesordnung sind.

## **Traktandum 20: Weitere Anträge und Resolutionen**

2. Die Schweiz soll ihre Rolle als geschätzter Partner Russlands auf dem bilateralen Weg und der Ebene des Europarats dafür benutzen, damit Russland die Beschlüsse des EGMR umsetzt.
3. Die Schweiz darf in ihren politischen Beziehungen und Abkommen mit Russland nicht nachlassen, dass die Kriegsverbrechen, die auf allen Seiten seit Beginn des Tschetschenienkrieges 1994 begangen worden sind, und die andauernden Menschenrechtsverletzungen, von denen die Zivilbevölkerung bis zum heutigen Tag betroffen sind, aufgeklärt, verfolgt und bestraft werden.
4. Die russische Regierung soll die Konflikte mit und innerhalb der einzelnen Republiken auf eine friedliche und nachhaltige Weise gelöst werden.

Die laufende Ausbildung von russischen Gebirgssoldaten in der Schweiz ist vor diesem Hintergrund unerträglich. Die SP fordert den Bundesrat auf, diese sofort zu stoppen. Die militärische Kooperation mit Russland soll erst wieder aufgenommen werden, bis die vier erwähnten Forderungen erfüllt sind.

**Stellungnahme der Geschäftsleitung: Annehmen**